54. Jahrgang. № 131. Freitag, 13. Mai 1910.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr wöchentlich. Für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kosten-Annahmestellen 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Um den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gefertigte Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite (nur 30 Pf.), die preispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die mehrspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Textseite, die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Hahn Nachf. Inhaber: E. Müller Hofphotogr.
DRESDEN-A., 11 Ferdinandstrasse 11.

Photographie in natürlichen Farben.
Lumière-Autochromplatten :: Neueste Emulsionen
4 Stück 9×12 M. 3.25
4 „ 18×18 „ 6.50
Carl Plaul, Kgl. Sächs. Hoflieferant, Wallstr. 25.

Kalyform-Zahnpasta
ideales Mittel zur Beseitigung üblen Mundgeruches und zur Konservierung der Zähne. Tube 75 Pfg. Versand nach auswärts. Nur echt mit Schutzmarke „Mutter Anna".
Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Herren-Modewaren
Herrenhüte, Krawatten, Handschuhe, Anzüge, Paletots
Ulsters, Pelerinen, Lodenmäntel, Gummiröcke, Joppen
Unterkleider, Herrenwäsche, Spazierstöcke, Regenschirme, Sport-Artikel
Robert Kunze, Altmarkt Rathaus.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Warm, vielfach heiter.

Heute nachmittag 2 Uhr findet im Königlichen Residenzschlosse der feierliche Schluß des Landtages statt.

Die Ankunft des „Parseval" in Dresden ist nunmehr bestimmt am 8., 9. oder 10. Juni, abends 7 Uhr, zu erwarten. Das Luftschiff übernachtet hier, macht am Morgen eine Rundfahrt über der Stadt und kehrt nachmittags nach Bitterfeld zurück.

Gewitter mit Hagelschlag und Wolkenbrüchen haben in der ganzen Pfalz schweren Schaden angerichtet.

In einer Kohlengrube bei Whitehaven (England) ereignete sich eine Explosion; man vermutet, daß die ganze Belegschaft umgekommen ist.

Der Deutsche Bühnenverein hält gegenwärtig in Lübeck seine Generalversammlung ab.

Zum Landtagsschluss.

Die sächsischen Ständekammern werden heute nach einer arbeitsreichen Session geschlossen, und die Mitglieder des Landtags können sich nach den Stürmen und Strapazen des letzten Winters wieder der wohlverdienten Ruhe hingeben. Es läßt sich nicht leugnen, daß der Landtag in der nun verflossenen Session ein sehr großes Arbeitspensum vor sich hatte, wenn ihm auch keine so schwerwiegenden Aufgaben erwuchsen wie in der vorangegangenen Session. Zu den Regierungsvorlagen und Etatsberatungen traten noch zahlreiche Anträge und Interpellationen, die die Zeit und Arbeitskraft der Abgeordneten in ungewöhnlich hohem Maße in Anspruch nahmen. Wenn also gewisse wichtige Vorlagen, wie das Volksschulgesetz, nicht mehr erledigt werden konnten, so liegt die Schuld daran sicherlich nicht an der etwaigen Untätigkeit der Ständekammern, sondern an dem „Zuviel" der aus der Mitte des Hauses gestellten Anträge und deren viel zu eingehenden Behandlung.

Im allgemeinen darf man bei einem Rückblicke auf den Verlauf und die Ergebnisse des soeben zu Ende gehenden Landtags, wenn man dem heutigen wie den früheren Häusern gerecht werden will, sein Urteil dahin zusammenfassen, daß sich der jetzige Landtag von seinen normalen Vorgängern, die auf Grund anderer Wahlgesetze zusammenberufen waren, wenig unterschieden hat. Von der neuen Zusammensetzung der Zweiten Kammer war mit weitgehenden Hoffnungen eine gänzliche Aenderung in der Behandlung der parlamentarischen Geschäfte, natürlich zum Besseren, erwartet worden; aber es wird schwer fallen, abgesehen von einzelnen Anregungen, an der Hand der vorliegenden tatsächlichen Ergebnisse den Nachweis zu erbringen, daß diese Hoffnungen in Erfüllung gegangen sind. Aus der Kammer heraus und nicht zum wenigsten von dem Präsidenten der Zweiten Kammer selbst mußten fünf- oder sechsmal in öffentlicher Sitzung die nachdrücklichsten Mahnungen ergehen, durch zahlreiche und ausgedehnte Reden die praktische Förderung der Geschäfte des Hauses nicht aufzuhalten, und in den letzten Tagen ist in der Presse sogar die Meldung aufgetaucht, daß sich die Direktorien der beiden Kammern ernstlich mit einer Aenderung der Geschäftsordnung befassen werden, um eine Wiederholung ähnlicher Unzuträglichkeiten in Zukunft zu vermeiden. Hierin liegt doch zweifellos die Anerkennung von berufenster Stelle, daß Mißstände vorhanden sind, welche der Abhilfe bedürfen. Diese Ueberzeugung kann auch nicht abgeschwächt werden durch die von einzelnen Rednern beider Kammern und vor einigen Tagen nochmals „vor dem Landtag und der breitesten Oeffentlichkeit" vom Präsidenten Dr. Vogel gemachten Feststellung, daß von den Mitgliedern des Landtags tüchtig gearbeitet worden wäre. Schon der äußere Verlauf der Sitzungen, die oftmals auf 8 bis 10 Stunden ausgedehnt wurden, bietet einen sicheren Beleg, daß die Kammern, und insbesondere auch die Zweite Ständekammer, eifrig an der Arbeit gewesen sind. In gleicher Weise wird dies durch die Sitzungen der Deputationen, die manche Tage 4 bis 6 Stunden in Anspruch genommen haben, bestärkt. Das alles steht aber nicht im Widerspruch damit, daß die Förderung der Arbeiten trotzdem durch die ungeheuerlich langen Reden vielfach aufgehalten worden sind. Zum guten Teil mag dies auf den Eifer zurückzuführen sein, den jeder leicht im Uebermaß entwickelt, wenn er sich neuen Aufgaben gegenübergestellt sieht. Trotzdem bleibt es eine unbestreitbare Tatsache, daß sich auch vielfach, namentlich auf der äußersten linken Seite des Hauses, und nicht zum wenigsten bei den Arbeiten in den Deputationen, ein starkes Besserwissen vielfach breitgemacht hat und ein Wiederholen derselben Gedanken in verschiedener Fassung, wodurch die lange Dauer der Reden verursacht wurde. Mancher Abgeordnete hält es eben für ausgemacht, daß er klüger ist wie der jeweilige Vertreter der Regierung — denn sonst fürchtet er, bei seinen Wählern an Ansehen zu verlieren; sich zu der Auffassung zu bekennen, daß die Regierung im allgemeinen auf Grund einer dauernden praktischen Erfahrung das Richtige trifft, fällt ihm zu schwer. Möge es dem aus den Direktorien beider Kammern zusammengesetzten Sonderausschusse bis zum Zusammentritt des neuen Landtages gelingen, Bestimmungen in die Geschäftsordnung einzufügen, welche eine schnellere Erledigung der Geschäfte sichern, damit nicht zum Schluß, wie auch bei diesem Landtage, ein hastiges Ueberstürzen nötig wird, um das noch Notwendigste zu Ende zu bringen. Herr Günther läßt in seinen Blättern freilich schon gegen das drohende „Maulkorbgesetz" — wie er sich als Sachkenner ausdrückt — heftig loswettern.

Einen breiten Raum haben auch während der ganzen Session persönliche Auseinandersetzungen eingenommen, die zum allergrößten Teil auf parteitaktische Gründe zurückzuführen waren. Weniger kam es, wie man nach den Ergebnissen der Wahlen hätte erwarten dürfen, zwischen den Nationalliberalen und den weiter linksstehenden Parteien einerseits und den aus ihrer vorherrschenden Stellung verdrängten Konservativen zu äußeren Zusammenstößen, als zwischen den Liberalen und den Vertretern der Regierung, die sich offen zu der Ueberzeugung bekannten, daß die notwendige Stärkung der Staatsautorität in den Anhängern der konservativen Weltanschauung besser gewahrt sei, als bei den Liberalen. Diese Ansicht der Regierung könnte allerdings erhöhten Rückhalt erfahren haben in den Erfahrungen bei der Reichsfinanzreform und den Kämpfen vor den Wahlen zur Zweiten Kammer selbst. Aus all diesen Gründen war das Verhältnis zwischen den Liberalen, insbesondere auch den Nationalliberalen und der Regierung, in der ersten Hälfte der Session ein gespanntes. Wenn sich hierin allmählich eine Milderung vollzogen hat, so ist dies nicht zum wenigsten auf die überzeugenden Erklärungen und das Verhalten des Ministers Grafen Vitzthum zurückzuführen, der nicht einen Augenblick anstand, den Liberalismus als solchen als notwendigen Faktor im staatlichen Organismus anzuerkennen. Schwieriger stellte sich freilich das Verhältnis der linksgerichteten Parteien zu dem Finanzminister Dr. v. Rüger, der mit seiner staunenswerten sachlichen Ueberlegenheit wie durch sein impulsives Wesen seinen Widersachern oftmals auf die Nerven fiel. Man denke nur an die faß durch eine Woche sich hinziehenden Erklärungen und Reden zu dem Zwischenruf „Pfui Teufel!", durch welche die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Kulturaufgaben Sachsens kaum gefördert worden sind.

Nicht leicht war der Stand des von der neugebildeten Zweiten Ständekammer gewählten Präsidenten Dr. Vogel. Einmal war er trotz seiner großen persönlichen Vorzüge ein Neuling auf seinem Posten und hatte stets den Vergleich mit der von allen Parteien rückhaltlos anerkannten Präsidentschaft seines Vorgängers auszuhalten, und zum anderen, was noch schwerer wiegt, hatte er nicht, wie die Präsidenten der vergangenen Jahrzehnte, eine sichere Majorität in der Kammer selbst hinter sich. Gewiß war er als Repräsentant der durch das neue Wahlgesetz zur Macht gelangten neuen liberalen Richtung des Hauses gewählt, aber an einer geschlossenen Mehrheit fehlte es ihm. Diese konnte ja während der ganzen Session infolge der Gruppierung der Parteien nur dadurch entstehen, daß die nationalliberale Partei, der er selbst angehörte, entweder mit den Freisinnigen und der Sozialdemokratie oder mit der konservativen Fraktion zusammenging. Jedenfalls hat Herr Präsident Dr. Vogel, der auch bereits in der Mitte der sechziger Jahre steht, unter solchen Verhältnissen persönlich „das Menschenmögliche" geleistet.

Zu den bemerkenswertesten Erscheinungen des neuen Landtags gehörte unzweifelhaft die Tatsache, daß die bisher schwächsten Parteien, die Sozialdemokraten und Freisinnigen, es verstanden hatten, ihm ihre Signatur aufzudrücken; nicht gerade zum Vorteil des Landes. Beide Parteien wetteiferten miteinander, den Mangel an Qualität ihrer Reden durch Quantität zu ersetzen, und trugen so ganz wesentlich zur Verschleppung der Arbeit bei. Die Freisinnigen schienen übrigens die tatsächlichen Mißstände, wie sie in dem nun verabschiedeten Landtag zutage traten, selber zu fühlen, denn sie brachten, wie übrigens in jeder Session, ihren durch sein ehrwürdiges Alter nicht schmackhafter gewordenen Antrag auf jährliche Einberufung des Landtags von neuem ein mit der Begründung, das reich entwickelte Wirtschaftsleben in Sachsen erfordere von der Staatsverwaltung rasche Anpassung, die nur durch jährliche Landtagssessionen möglich sei; demgegenüber betonte Graf Vitzthum mit Recht, daß diese Anpassung bei uns eine reichlich rasche sei, und daß wir eher dazu kommen müßten, in unserem Tempo etwas langsamere Schritte zu machen. Im übrigen widerlegte der Staatsminister die freisinnigen Argumente für die jährliche Einberufung des Landtags so treffend, daß seinen Ausführungen nichts hinzuzufügen ist. Der freisinnige Antrag würde in der Tat nur erreichen, daß die Abgeordneten mehr noch als bisher ihrem Privatberufe entzogen würden. Die Folge würde sein, daß die Volksvertretung mehr und mehr in die Hände von Berufsparlamentariern käme, und davor hat schon Bismarck eingehend gewarnt. Zudem würden die Behörden ganz unverhältnismäßig stark belastet werden, so daß eine Vermehrung des Beamtenpersonals unumgänglich würde. Eine hübsche Illustration zu der gerade von freisinniger Seite geforderten Einschränkung des Beamtenapparates. Schließlich aber würde der Antrag schon daran scheitern, daß nach der Verfassung jedem ordentlichen Landtage der Staatshaushalt vorgelegt werden muß. Da wir aber zweijährige Etatsperioden haben, so müßte eine Verfassungsänderung notwendig sein, wenn man nicht auch die Etatsperiode einjährig gestalten wollte. Für eine Verfassungsänderung ist aber das Staatsministerium aus begreiflichen Gründen nicht zu haben. In sehr wirksamer Weise wurde der Minister bei dieser Frage von den nationalliberalen Abgeordneten Niethammer und Hettner unterstützt, und das wird der Achtmännerfraktion des Herrn Günther sehr schmerzlich gewesen sein.

Dieser Antrag ist aber nicht das einzige Fell, das den Freisinnigen fortgeschwommen ist. Auch der radikale freisinnige Antrag auf Reform der Ersten Ständekammer ist stillschweigend begraben worden, da nicht einmal die Nationalliberalen sich für die historischen Untersuchungen des Herrn Günther begeistern konnten, und in der Ersten Kammer ist ferner der Antrag Günther auf Reform des Forst- und Feldstrafgesetzes, der die Mehrheit in der Zweiten Kammer gefunden hatte, glatt abgelehnt worden. Bemerkenswert waren dabei die Ausführungen Geheimrats Dr. Wach, die darin gipfelten, daß ein Anlaß zur Aenderung des Gesetzes nicht vorhanden sei, und gerade die Erste Kammer ihre Aufgabe darin zeige, daß sie die Stabilität der Gesetzgebung sichere und nicht mit wechselnden Majoritäten heute so und morgen anders sich verhalte.

Eine gewisse Einmütigkeit zeigten die bürgerlichen Parteien in ihrer Stellungnahme zur Finanzlage Sachsens. Von den Vertretern aller Parteien wurden die unzweifelhaften Verdienste des Finanzministers vorbehaltlos anerkannt, namentlich bei der Beratung über die neue Staatsanleihe von 100 Millionen Mark, bei der es sich allerdings eigentlich nur um die Begebung der 1902 bewilligten 3prozentigen Rentenanleihe von 100 Millionen Mark handelt. Es ist ein glänzendes Zeugnis für die Tätigkeit des Herrn Ministers Dr. v. Rüger, daß bisher von der Begebung dieser Anleihe Abstand genommen werden konnte. Die schwierige Finanzlage Sachsens bis zum Jahre 1902 ist ja allgemein bekannt. Es bleibt das unvergängliche Verdienst Dr. v. Rügers, der bis dahin üblichen Etatsverschleierung ein Ende gemacht zu haben. Während es früher gebräuchlich war, Ausgaben, die ihrer Natur nach in den ordentlichen Etat gehörten, in den außerordentlichen hinüber zu balancieren und durch Anleihen zu decken, hat es Dr. v. Rüger durch reinliche Scheidung beider Etats verstanden, die Finanzen wieder zu konsolidieren. In den Jahren seiner Amtstätigkeit ist die Staatsschuld, trotz der ständigen Vermehrung der Ausgaben, von über 980 Millionen Mark auf etwa 893 Millionen Mark verringert, was eine jährliche Zinsenersparnis von 4 250 000 Mark ausmacht. So brauchte die Anleihe vom 1. Juli 1902 bisher nicht realisiert zu werden. Wenn jetzt die Regierung sich genötigt sieht, die alte Anleihe, allerdings zu anderem Zinsfuß, zu begeben, so liegt die Schuld daran an der ganz ungewöhnlich hohen Steigerung der Ausgaben, die bei

Hoffmann, Heffter & Co., Dresden Ringstr. 17
Hochheimer Rauberg, Gewächs von ... Ferdinand v. Jungenfeld, Alter Johannisberg, Natur-Art.